

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Rangzettelung angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindestrasse 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-293
Tel.-Adressen: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftstage 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Cindestrasse 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Poincaré gegen die Zweifler.

Paris, 16. April. (W.T.B.) Bei der Enthüllung eines Kriegerdenkmals in Dünkirchen hielt Ministerpräsident Poincaré eine Rede, in der er ausführte: „Frankreich hat den Sieg teuer bezahlt. Wir haben unseren Toten geschworen, ihn uns nicht entreißen zu lassen. Vor diesem Denkmal erneuern wir diesen Schwur. Weil Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfüllt, und weil wir selbst annähernd 100 Milliarden für seine Rechnung haben zahlen müssen, sind wir zur Pfandnahme gezwungen und haben Sanktionen zur Anwendung gebracht. Seit drei Jahren haben wir Geduld gehabt. Das hat uns jedoch nur Enttäuschungen eingetragen. Noch weiter zögern, neue Verletzungen erdulden, Deutschland ohne Bürgschaften die Aufsichtsbüro zu gewähren, die es forderte, — das hätte uns ihm vollkommen ausgeliefert.“

Wir sind ins Ruhrgebiet eingedrungen.

und die Befehle dieses reichen Bergwerks- und Industriegebietes hat uns gestattet, erbauliche Feststellungen zu machen. Wir haben uns davon überzeugt, daß uns Deutschland die Kohlen hätte liefern können, die es uns verweigerte, denn es hat sich so eingerichtet, daß es die Ruhrkohlen entbehren kann. Wir haben den Beweis erlangt, daß Deutschland in der Lage gewesen wäre, in ausländischen Devisen zu zahlen. Verwendet es doch einen Teil davon, um Käufe im Ausland auszuführen. Endlich haben wir an Ort und Stelle jene militärischen Organisationen entsandt und aufstellen können, die Deutschland schon in Oberschlesien unter dem harmlosen Titel Schuttpolizei verborg. Wir haben auch die Gemütsheil gewonnen, daß wenn man Deutschland ein zweijähriges Moratorium ohne Bürgschaften gewährt hätte, es nach Ablauf dieser Frist auf unser Zahlungsverlangen mit einer Weigerung und einer Herausforderung geantwortet hätte. In diese Sackgasse hätte uns in satoter Weise eine Politik der Mäßigung und der Schwäche geführt. Die Pfänder, die Deutschland uns nicht geben wollte, und die gewisse Militärs im besten Glauben für unnötig hielten, hätten wir für unerlässlich. Was wir im Ruhrgebiet gesehen haben, hat uns gezeigt, daß wir uns nicht getäuscht hatten.“ Poincaré erklärte darauf, daß Frankreich die

Pfänder nicht gegen einfache Versprechungen herausgeben werde und daß es nur nach Maßgabe der geleisteten Zahlungen sich aus dem Ruhrgebiet zurückziehen werde. Sodann fuhr er fort: „Frankreich hat durch sein Vorgehen keine Verkleinerung erfahren. Im Gegenteil: Es ist in den Augen aller derer gewachsen, die Geradheit und Entschlossenheit achten.“ Selbst England und Amerika, die über die Opportunität der Aktion anderer Ansicht gewesen seien, hätten sich nicht enthalten können, wenigstens die Bemerkungen zu billigen, und die Berechtigung der französischen Forderungen anzuerkennen. Der

Reinigungsumschwung, der sich zugunsten Frankreichs in den Vereinigten Staaten und im britischen Reich,

von dem Loucheur Beweise erhalten habe, sei sicher zum großen Teil darauf zurückzuführen, daß Frankreich es verstanden habe, zu wanken, und daß es jetzt mit seinen belgischen Freunden in Händen halte, was Bonar Law mit Recht die Schlagader Deutschlands genannt habe. „Wir gedenken jedoch niemand zu erschrecken“, so fuhr Poincaré fort, „wir haben nur den Wunsch, uns bezahlt zu machen und uns vor einem finanziellen Zusammenbruch zu bewahren.“

Die Ankündigung imperialistischer Bestrebungen, die die deutsche Propaganda gegen Frankreich zu erheben verstanden hat, sind nichts als Dummheiten und Kindereien. Kein verständiger Mensch kann ernstlich glauben, daß Frankreich, welches die Menschenrechte proklamiert und das der Völkervereinigung den vollkommensten Ausdruck gegeben hat, den tollen Gedanken legt, fremde Völker unter sein Joch zu bringen und sich Gebiete gegen den Willen der Bewohner anzuweisen.“

Auch die Vorwürfe einer Handvoll Franzosen könnten Frankreich nicht von dem Ziel abbringen, das es sich gesetzt habe. „Uns genügt es, die Unterstützung des Landes und die Billigung des Parlaments zu haben. Es ist wahr, gewisse Leute, die uns nicht ermutigt haben, in das Ruhrgebiet einzuziehen, möchten heute unser Unternehmen überstreifen und sagen unserer Operation Schwäche nach. Sie werden uns nicht davon hindern, ohne Ueberstürzung das Unternehmen progressiv zu entwickeln, aber wir werden das Programm beharrlich durchführen, das die belgische und die französische Regierung in gemeinsamer Uebereinstimmung aufgestellt haben; sie werden das auf lange Sicht vorgelebene Werk nicht führen, ebensowenig unsere Kaltblütigkeit und unser Vertrauen. Andere Gegner behaupten mit etwas plumpem Sophismus die

Ruhrbesetzung habe die Preise in die Höhe getrieben.

als ob die Teuerung des Lebensunterhalts nicht von unserer Wirtschaft und Finanzlage abhängig wäre und als ob diese Lage nicht von den ungeheuren Schulden käme, die wir aufnehmen mußten, um die deutschen Zahlungen zu erzielen. Gewisse Gelegenheitspekulanten übertrieben die geringsten Zwischenfälle und gehen sogar so weit, durch unvorsichtige Bemerkungen den Widerstand des Deutschen Reiches zu ermutigen. Wenn man alle diese niedrigen Reklamen anhört, dann wird man an eine Rede von Demosthenes erinnert, der jene schlechten Athener anklagte, die bei jedem Erfolg ätzten und seufzten und die Augen niederzuschlagen und die in dem Augenblick, in dem das Glück dem Ausland zu lächeln schien, auf der Agora mit triumphierendem Lächeln spazieren gingen. Wäre es möglich, daß es auch in Frankreich derart verblendete Bürger gibt? Wenn sich einige finden sollten, so sollen sie eine geringe Rinderei dar. Denn die Gesamtheit des Landes ist entschlossen, das zu Ende zu führen, was begonnen wurde. Die Aktion wird mit dem vollkommenen Wiederaufbau unserer verwüsteten Departements und mit der Wiedererhebung Frankreichs enden. Vergeßlich wird Deutschland von uns auch nur eine einzige Minute des Schwankens erwarten. In dem Unternehmen, das erforderlich war und das Frankreich ins Werk gesetzt hat, wird es durchhalten wie es ohne Gewalt und ohne Provokation bisher durchgehalten hat. (1) Es wird jusqu'au bout (bis zum Ende) vorwärts und endlich durch einen dauerhaften Frieden und durch einen Frieden der Wiederherstellung das Werk seiner Toten vollenden. Damit wird es ihnen die beste Huldigung darbringen, die sie von den Ueberlebenden erwarten können.“

Vorwürfe an England.

Aus der Rede meldet W.T.B. nachträglich noch folgende Stelle: Im 18. Jahrhundert waren unsere Nachbarn jenseits des Kanals zu recht oder zu unrecht davon überzeugt, daß Dünkirchen sowie Calais ein Revolver sei, auf das Herz von England gerichtet. Sie entschlossen sich, niemals zu gestatten, daß diese französischen Häfen wieder ausgerichtet werden. Sie fürchteten also, und besonders wegen der wirtschaftlichen Konkurrenz unsere: Häfen. Bis zu dem Vertrage von 1763 haben sie in Dünkirchen Kommissare installiert, die unterlagten, Rollen zu bauen oder neu zu reparieren oder eine Batterie auszubauen, und dadurch haben sie bis zum Jahre 1783 alle Wiedererhebungsversuche erstickt. Nach einem Kriege, den wir Seite an Seite für die Verteidigung unserer Rechte durchgeführt haben, und der zwischen uns eine unlösliche Interessengemeinschaft geschaffen hat, kann sich da in England jemand wundern, daß wir unsererseits unsere Grenze gegen neue Einfälle sichern, und eine Nation, deren Imperialismus unheilbar erscheint, verhindern wollen, heimlich ihre geheimen Vorbereitungen zum Einfall zu treffen? Der Friede hat uns in dieser Richtung nur unvollkommene und provisorische Garantien gegeben. Er hatte uns andere versprochen, die uns alsdann verweigert wurden. Wenn wir eine Lesion des Durchhaltens und der Beharrlichkeit nötig hätten, wir könnten sie von unseren Freunden selbst empfangen.“

Die neueste Rede Poincarés bildet weit mehr eine Verteidigung seiner Politik gegen seine inneren Gegner, denn einen Angriff gegen Deutschland. Denn das, was er zunächst über die „erbaulichen Feststellungen“ erzählt, die Frankreich durch die Ruhrbesetzung gemacht habe, ist äußerst schwach. Aus seinen Bemerkungen über Deutschlands Kohlenversorgung, die trotz der Ruhrbesetzung aufrechterhalten bleibe, spricht nur der Aerger über das wirtschaftliche Fiasko des Unternehmens, das damit indirekt bestätigt wird. Die Erzählung über die „entlarvten und aufgelösten militärischen Organisationen, die sich unter dem harmlosen Titel Schuttpolizei“ versteckten, ist für die Oberflächlichkeit, mit der sich Poincaré über deutsche Angelegenheiten informieren läßt, bezeichnend. Er hat etwas von „Selbstschutzorganisationen“ läuten gehört, die nicht von Frankreich, sondern von — Severing entlarvt und aufgelöst worden sind. Es ist vielmehr in einzelnen Fällen nachgewiesen, daß die „Selbstschutz-“ und „Kampf“-verbände in Bayern zum Teil mit französischem Gelde arbeiten, und es ist jedenfalls unwiderlegbar, daß diese nationalsozialistischen Organisationen direkt den französischen Poincaristen in die Hände arbeiten, indem sie die Zerstörung der Reichseinheit propagieren und sich an der Ruhr als Provokateure von Zwischenfällen bemerkbar zu machen versuchen. Die fast unbewaffnete Schuttpolizei dagegen, die zum großen Prozentsatz sozialdemokratisch gesinnt ist, hat mit Militarismus ebensowenig etwas gemein, wie Herr Poincaré mit Pazifismus. Sie hat unter furchtbar schwierigen Umständen die Ordnung an der Ruhr aufrechterhalten und wiederholt Blutvergießen verhütet, und das ist es wohl, was ihr Poincaré nicht verzeihen kann und weshalb er sie ausweisen läßt.

Im übrigen hat Poincaré seinen bisherigen Ruhreden nur einen neuen Phrasenschwall hinzugefügt, der nichts Bemerkenswertes enthält: „Räumung nach Maßgabe der geleisteten Zahlungen“, das ist die bekannte Brüsseler Formel. Auch die Ableugnung imperialistischer Absichten ist nur eine Neuauflage früherer Versicherungen, steht aber mit allem, was Frankreichs Politik am Rhein und an der Saar das hauptsächlichste Gepräge gibt, im schroffsten Widerspruch. Auch ist es nur ein durchsichtiges Spiel mit Worten, wenn man annexionistische Pläne verneint und gleichzeitig die Räumungstermine praktisch ins Unendliche verschieben will. Das ist auch der große Reiz der Engländer und Amerikaner nicht entgangen, über deren angeblichen „Meinungsumschwung“ Poincaré seinen gläubigen Zuhörern und Lesern zu erzählen weiß. Wenn er sich dabei auf Loucheur berief, so hätte er hinzufügen müssen, daß die sympathischere Aufnahme Loucheurs in England gerade darauf zurückzuführen war, daß er dort als der Träger einer anderen Politik angesehen wird als Poincaré.

Während sich neun Zehntel der Welt gegen Poincarés Gewaltpolitik moralisch auflehnen, wagt er es zu behaupten, daß Frankreich durch die Ruhraktion an Ansehen gewonnen habe. Das kann er nur einem Volke erzählen, dem die Stimmen des Auslandes systematisch verschwiegen und nur die Ergüsse der Kolhermere-Presse täglich in aller Ausführlichkeit dargeboten werden. Aber allein diese Versicherung beweist, daß das französische Volk sich immer mehr beunruhigt fragt, was ihm denn moralisch und materiell die Ruhrbesetzung eigentlich eingetragen hat. Ueber die moralische Seite stellt Poincaré die Wahrheit auf den Kopf, über die materielle schweigt er sich gänzlich aus und vertritt wieder einmal auf die Zukunft. Aber während er sich nach außen hin den Schein unbedingter Entschlossenheit und Zuversicht gibt und von der „Gesamtheit des Landes“ spricht, die seine Politik billigt und „bis ans Ende“ durchzuführen entschlossen sei, dementiert er sich selbst, indem er sich gegen seine Gegner von rechts und links verteidigen muß.

In einer schweizerischen Volksabstimmung am Sonntag wurde die sozialdemokratische Volksinitiative mit 433 000 gegen 170 000 Stimmen verworfen. Beteiligung rund 84 Prozent.

„Landesverrat“.

Von Paul Levi.

Vor einigen Tagen flog da aus Bayern die puhige Nachricht an, daß die Brüder v. Puttkamer verhaftet worden seien, einmal wegen der Baurischen Wache, dann aber auch wegen „Landesverrats“. Sie hätten sich in die nationalsozialistische Partei als „Spiegel“ eingeschlichen und über das dort Befundene Berichte geschrieben: nicht nur an so linksgerichtete Blätter wie den „Berliner Börsen-Courier“, sondern selbst an eine „norddeutsche Regierung“. Ueber diese amtlich ausgegebene und damit um so mehr groteske Begründung regte sich in Anbetracht bayerischer Besonderheiten schon niemand mehr auf, selbst nicht darüber, daß in Bayern irgend jemand amtieren darf, der in der Bekanntgabe bayerischer „Staatsgeheimnisse“ an Preußen oder das Reich — wer war die norddeutsche Regierung? — Landesverrat erblickt; schließlich scheint die ganze Sache selbst einem bayerischen Polizeigehirn zu dumm geworden zu sein, und man scheint diesen Teil der Begründung fallen gelassen zu haben.

Was aber geblieben ist, das ist die Tatsache, daß überhaupt irgendeine amtliche Stelle — und eine, die schwere Eingriffe in das Privatleben machen kann — in der Erkundung der Geheimnisse der bayerischen Nationalsozialisten zugleich die Erkundung bayerischer Staatsgeheimnisse erblickt; wieder einmal ist damit die Aufmerksamkeit gelenkt auf eine Rechtsprechung, deren Urheber das Reichsgericht ist, deren Ausbau allmählich zu einem staatsgefährlichen Unfug wird.

Der Verfallener Vertrag hat ja nicht nur die politischen Beziehungen des Deutschen Reiches neu geregelt; er brachte eine Reihe schwerer innerpolitischer Eingriffe. Er brachte organisatorische Bestimmungen über die Reichswehr und über die Bewaffnung; er brachte im Zusammenhang damit Bestimmungen über das Vereinsleben und Waffenführung Privater. Verbände militärischer Art wurden verboten, auch wenn sie von Privaten organisiert wurden; Waffen waren abzuliefern; Waffenlager außer den vor der Reichswehr vorchriftsmäßig gehaltenen Beständen unterlag. Wo also solche Verbände und Bestände sich zeigten, zeigte sich etwas Befehlswidriges.

Der Deutsche ist eine gefehlmäßige Natur. Die Sorge, daß der Staat in Ordnung sei, ist eine gemeine; in keinem Lande vielleicht haben die bestellten „Hüter“ — die nicht immer, wie Plato vorsieht, Philosophen zu sein brauchen — so viel freiwillige Mitarbeiter. Wo ein deutsches Auge eine Befehlswidrigkeit erblickt, da ruft ein zugehöriger deutscher Mund nach der Polizei. Und in Fällen größerer politischer Bedeutung pflegt er in der Presse nach der Wiederherstellung der verletzten Ordnung zu rufen. Er hielt es sogar für sein Naturrecht, etwas Strafbares und Verbotenes öffentlich zu denunzieren zu dürfen und Abhilfe zu fordern, bis er eines Tages vom Reichsgericht eines anderen befehrt wurde. Das Reichsgericht nämlich belehrte ihn: Jene Ge- und Verbote des Verfallener Vertrages binden nur das Deutsche Reich; sie binden nicht den deutschen Staatsbürger. Daß jene Ge- und Verbote durchgeführt werden, ist Sache des Reiches und nicht des einzelnen Staatsbürgers; wer sich um die Durchführung gar kümmert in einer Weise, die, öffentlich oder geheim, eine fremde Macht von bestehenden Verträgen gegen jene Ge- und Verbote erfährt, begeht Landesverrat; denn — das ist offenbar der Schluss — jene illegalen Organisationen und Waffenlager sind Dinge, deren Bestand und Geheimhaltung das Interesse des Reiches erfordert. Damit flog das reine Wässerlein der angewandten Jurisprudenz in den breiten Strom der deutschösterreichischen Agitation; wie es ja überhaupt das Romuregesetz juristischen Denkens zu sein scheint, nach rechts zu fließen. fließt es ausnahmsweise nach links, so wird es Terror genannt.

Es soll hier gar nicht weiter untersucht werden, welche außenpolitischen Schwierigkeiten, welche innere Unruhe und Gefahren, welche Mordtaten und welche Attentate, wenn nicht direkt, so doch indirekt, auf das Konto einer Rechtsprechung zu sehen sind, die solche illegalen Erscheinungen dem entzog, das allein bakterienstötende Kraft hat — dem Sonnenlicht der öffentlichen Kritik. In dem durch die reichsgerichtliche Judikatur geschaffenen Halbdunkel konnten sie gedeihen — jene „völkischen“ Organisationen in und außer Bayern. Wir wollen uns hier lediglich mit zwei innerpolitischen Folgen jenen Rechtspruches beschäftigen.

Deren eine ist: Jene reichsgerichtliche Judikatur ist das wunderbare Mittel, jede Resorffurerei eines Ministeriums — des Reichswehrministeriums zumal — mit dem Mantel des höheren Staatsinteresses zu bedecken. Es ist auch von dem Redner unserer Fraktion anlässlich der letzten Beratung des Militäretats mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen worden, daß im Reichswehrministerium einiges anders sein könnte, als es ist. Es ist auf die Dauer einfach unerträglich, daß eine Judikatur der öffentlichen Kritik das zu entziehen versucht, was in der Verwaltung eines Ressorts mit dem öffentlichen Interesse nicht vereinbar erscheint. Wir wollen aus bestimmten Gründen nur hinweisen auf die Verhaftung Walter Dehmes und darauf, inwieweit hier ein wirkliches Interesse der gesamten Presse verletzt wird.

Das führt aber unmittelbar zu einer zweiten innerpolitischen Folge jener reichsgerichtlichen Judikatur. Es gibt viele Deutsche, die in der Organisation C und der Arbeitsgemeinschaft Rohbach nicht die schönste Blüte staatlicher Gemeinschaft und in den Waffenlagern, die irgendwo bei einem brandenburgischen oder pommerischen Junker ruhen, nicht die sicherste Bürgschaft sehen dafür, daß es dem Deutschen Reich fürderhin wohlgehe. Es gibt viele Deutsche, die glauben

daß jene Organisationen und Waffenlager als staats- und gemeingefährlich zu bekämpfen seien mit allen Mitteln, mit den legalen Mitteln staatlicher Verwaltung und Rechtsprechung voran. Diese Deutschen sind dieser Meinung nicht weil, sondern obgleich es im Versailler Vertrag steht. Diese Deutschen sind der Auffassung, daß der alte preussische Militarismus Deutschland genug geschadet habe und daß es Pflicht wäre, seine Reste zu zerstören und sein Wiederaufleben zu verhindern, selbst wenn im Versailler Vertrag kein Wortchen darin stünde. Der in Deutschland sich ausbreitende „Landesverrat“ unzugänglich darauf hinaus, sie mundtot zu machen und jene anderen gewissermaßen für heilig zu erklären. Damit ist diese Rechtsprechung selber zu einer staatlichen Gefahr geworden. Und vielleicht kann es sich so fügen, daß die ganze bayerische Frage, deren jetzige Gestaltung ohne jene Reichsgerichtsjudikatur schwer denkbar ist, demnächst in einer Form vor das Reichsgericht tritt, die die Wäter nicht scheuen machen, sich selbst in ihren Früchten zu erkennen. Die Herren Eckardt u. Co. haben den Anfang gemacht.

Vor der Erklärung Rosenbergs.

Eine Rede Scheidemanns.

Kassel, 16. April. (Eigener Drahtbericht.) Vor 3000 bis 4000 Menschen sprach am Sonntag vormittag Genosse Scheidemann in der Kasseier Stadthalle über die politische Lage. Er verwies eingangs seiner Rede darauf, daß am Montag im Reichstage Außenminister Rosenberg zum ersten Male zu Erklärungen über die deutsche Außenpolitik das Wort ergreife. Man müsse erwarten, daß er sich klar und unzweideutig über die Lage äußere. Trotz der durch den Lage Deutschlands gibt es im Lande immer noch Leute, die sich über den Ernst der Lage Täuschungen hingeben. Daran trägt das System der Lüge die Schuld, das jetzt genau so wie während des Krieges von gewissen Berliner Zentralstellen unterhalten wird. Wir verlangen von der Regierung Camp ein aktive Politik. Wir haben nicht die Absicht, den Nationalisten das Material für eine neue Dolchstoßlegende zu geben, erwarten aber trotzdem von der Regierung, daß sie sich in der kommenden außenpolitischen Debatte im Reichstage einmal klar und deutlich darüber ausspricht, wie sie sich die Beendigung des Ruhrabenteuers eigenlich vorstellt. Es kann seiner Regierung gestattet sein, in einer Zeit, da das Volk keine besten Kräfte in einem Kampf passiver Abwehr erschöpft, eine passive Politik betreiben. Wenn unser Abwehrkampf gegen Frankreich nur passiv sein kann, so muß zumindest die Politik der Regierung aktiv sein. Wir verwehren der Regierung die Rolle jenes Herrers in Björnsons „Meer die Kraft“ zu spielen, der in allen Keldern verharret und der auf ein großes Wunder wartet. Dieses Wunder geschieht für uns nicht. Uns hilft kein Gott und kein Mensch. Wir müssen uns mit unserer Herkulesarbeit selber helfen. Durch die Passivität der Regierung verstreicht kostbare Zeit und droht die Gefahr, daß sich die Entente wieder verständigt und Frankreich und Belgien gemeinsam mit England den Versuch unternehmen, die Ruhrkrise durch ein neues Ultimatum an Deutschland zu lösen. Wir sehen, wenn Klarheit und Wahrheit ihre Herrschaft antreten, die Möglichkeit, das Ruhrabenteuer bald zu Ende zu führen, ohne jedoch dieses Ende unter allen Umständen zu wollen. Die Regierung Camp soll einen Weg einschlagen, der eine wirkliche Verständigung ermöglicht. Und wenn dann unsere Gegner nicht mit uns verhandeln wollen, haben wir nichts verloren. Im Gegenteil wird das deutsche Volk dann seinen Kampf passiver Abwehr mit erhöhter Energie weiterführen. Die Verständigungsmöglichkeiten werden heute wie während des Krieges von den Nationalisten sabotiert. Die deutsche Arbeiterschaft ist die deutsche Kerntruppe des Widerstandes gegen Frankreich, und deshalb muß ihre Einstellung zu der außenpolitischen Krise bei deren Lösung für die Regierung in allererster Linie maßgebend sein.

Neben der Scheidemann-Versammlung fand eine Gegenkundgebung der sogenannten Vaterländischen Verbände statt, hinter der sich die Reaktion verborg. Diese Kundgebung fand auf dem Friedrichsplatz statt, während die Kommunisten sich einige hundert Meter davon auf einem anderen Höhe versammelten und Versuche unternahmen, die Veranstaltung der Nationalisten zu stören.

Man tanzt.

Von Lena.

Was mir liegt die bürgerliche Zeitung einer Mittelstadt, die Residenz war, eine Zeitung, die es sich angelegen sein läßt, ständig Hoch und Empörung gegen die Franzosen zu schüren, ständig unser Verden unter dem unerträglichen Druck zu schüttern. Heute steht über den letzten Drahtmeldungen dieses Blattes in großem Druck: „Frankreichs Ruhrbilanz 51 Morde.“ Und etwas später unten folgt der Bericht über den Tod eines deutschen Mädchens in Westrupp. Dazwischen vieles andere in ähnlichem Sinne. — Erschüttert legte ich das Blatt aus der Hand. Es war das Hauptblatt. Dann ergriff ich das Beiblatt und las eine wichtige Mitteilung (unter den Ortsnachrichten), eine Mitteilung, welche genau die doppelte Zeilenzahl umfaßte, wie die andere über den Tod des deutschen Mädchens. Diese Mitteilung trug — natürlich auch in fettem Druck — die Ueberschrift: „Neue Vereinsgründung.“

Welchen Verein hat man denn da gegründet? Wir haben ja wohl deren genug in Deutschland, und alle wichtigen Vereine lösen sich auf, weil ihre Mitglieder die notwendig erhöhten Beiträge nicht mehr zu erschwingen vermögen. Ja, dieser neue Verein hat freilich einen wichtigen Zweck. „Dem Beispiel anderer Städte folgend“, haben „Herren und Damen der Gesellschaft“ einen Verein gegründet, der bezweckt, die edle Tanzkunst zu einer besonderen Hochentwicklung zu bringen. Zu diesem Zwecke sollen Tanzabende veranstaltet und Turniere abgehalten werden, die letzteren dürften allerdings erfreulicherweise etwas unblutiger verlaufen als jene Turniere, welche wahrscheinlich die Vorfahren eines Teiles der tanzenden „Herren und Damen der Gesellschaft“ in jener glücklichen Zeit zu veranstalten pflegten, als es noch Raubritter und leibeigene Menschen in Deutschland gab. Wie gut, daß es heute noch, in dieser Zeit der bitteren Not, in der man nachdenkt über jedes Stückchen Brot, das man isst, Menschen gibt, die frohst, Unbeschwertheit Zeit und Körperkraft aufzubringen vermögen, um zu tanzen, zu tanzen, zu tanzen! Heja, hoppsal!

Es erinnert mich an den Wiener Kongreß, den man abhielt nach den „Befreiungs“kriegen, als man den ersten Napoleon nach Elba verbannt hatte. Man beriet auf diesem Kongreß darüber, wie man den Völkern die Errungenenschaften der französischen Revolution nehmen könne. Doch strengte man sich nicht allzu sehr mit Arbeit an. Als nämlich der erste Napoleon dann wieder ausbrach von Elba und der Krieg aufs neue ausbrach, da fragte man: „Was macht der Kongreß?“ und erhielt die Antwort: „Le congrès danse.“ „Der Kongreß tanzt.“ Aber die Völker verpöhlten von neuem ihr Blut auf den Schlachtfeldern von Waterloo. — Es sind wohl auch damals „Herren und Damen der Gesellschaft“ gewesen, die in Wien tanzten.

Ja, es ist doch schön, wenn man in Hauptblatt Deutschlands langweilig belagert und im Beiblatt tanzt!

Jedoch ist im großen und ganzen die Veranstaltung ruhig verlaufen. Auffällig war die Beteiligung der Reichswehr, der Reichswehrlapelle und der Kapelle der Schupo an dieser Kundgebung, eine Tatsache, über die man noch weiter zu reden haben wird.

„Republikanische Notwehr.“

Ein Experiment in Magdeburg.

Magdeburg, 16. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Organisation „Stahlhelm“, die nach dem Rathenau-Mord von dem Minister des Innern verboten wurde, ist in Magdeburg beheimatet und hat hier ihren Zentralklub. Beim Kapp-Putsch hatte sich der „Stahlhelm“ dem ins Kapplager übergeschwenkten Reichswehrkommandeur zur Verfügung gestellt. Deshalb wurde die nach dem Rathenau-Mord erfolgte Auflösung dieser von allen Republikanern als eine reaktionäre empfundene Organisation und die Beschlagnahme ihrer Waffenlager lebhaft begrüßt. Um so überraschter waren die Magdeburger Genossen, als sie erfuhren, daß der Staatsgerichtshof die Auflösung des Stahlhelmbundes aufgehoben habe. Kurz entschlossen hat die Partei infolgedessen ihre zuverlässigsten Genossen in Ordnungsabteilungen von je 100 Mann zusammengestellt und diese neu aufgestellte Organisation „Republikanische Notwehr“ getauft. Diese Notwehr — 15 Hundertschaften — veranstaltete am Sonntag einen ersten öffentlichen Aufmarsch. — Am ersten Wochentag von vornherein vorzubereiten, beschloß die Ordnungsleitung noch während des Aufmarsches, den Oberpräsidenten Hörning zu bitten, der Kundgebung beizuwohnen. Unter Trommelwirbel wurde eine Fahne in den Farben der Republik entrollt, und der Führer, Genosse Hötkermann, legte in einer Ansprache an den Oberpräsidenten Hörning die Ziele der „Notwehr“ dar, wobei er u. a. erklärte:

Die republikanische Notwehr ist keine eigene Organisation, sie ist ein Organ der sozialdemokratischen Partei, welche die Führerstellen kontrolliert und deren Anweisungen wir folgen. Die republikanische Notwehr mocht sich weder polizeiliche, noch militärische Befugnisse an, noch will sie solche in normalen Zeiten haben. Wir wollen eine Notwehr sein, die Republik und ihre Einrichtungen schützen, wenn die legale Regierung uns ruft. Wir sind alle unbewaffnet und wollen auch keine illegale Bewaffnung haben. Wir werden im Gegenfall alles tun, um geheime Waffenlager aufzuspüren, um diese den Behörden zu übergeben. Wir sind alle Sozialdemokraten, alle Soldaten und Frontkämpfer, militärische Gezeiten brauchen wir nicht, aber eifern wir unser Wille, unter der Fahne der Republik fest zusammenzuhalten, zu jeder Stunde bereitzustehen, dem Führer zu folgen und zu gehorchen. Ruft uns die Regierung, dann werden wir mit allen Mitteln Regierung und Republik verteidigen, mögen die Angreifer von rechts oder links kommen, mögen sie Rechts- oder Linkssozialisten sein.

Oberpräsident Hörning gab auf diese Rede eine Antwort, in der er u. a. hieß: Seit mehr als drei Jahren, seitdem ich die Ehre habe, an der Spitze der Provinz Sachsen zu stehen, habe ich den Kampf gegen die organisierten Feinde der Republik führen müssen und geführt. Bis her hat die Republik alle die zahllosen Schandthaten derer von rechts und links mit einer wahren Tammsgeduld hingenommen. Daß Ihre Partei nach den letzten politischen Ereignissen, insbesondere nach dem Verhalten der Ausschüsse, eine andere Taktik einschlägt, ist durchaus begreiflich und verständlich. Ueber die mutige Tat Ihrer Partei, die ihre festesten und erprobtesten Männer als republikanische Notwehr der Regierung zur Verfügung stellt, werden sich gewiß alle Republikaner freuen. Ich werde nicht versäumen, dem Herrn Minister des Innern Mitteilung zu machen von dem, was ich hier gesehen und gehört habe.

Nach der durch das krasse Disziplinierete Auftreten wichtig wirkenden Kundgebung, machte die „Notwehr“, deren Mitglieder durch eine weiße Armbinde mit schwarzrotem Streifen gekennzeichnet sind, einen Umzug durch die Hauptstraßen der Stadt Magdeburg.

Neue Hitlerparade in München.

München, 16. April. (U.) Die Stoßtruppe der Nationalsozialisten hielt am Sonntag eine große Geländeübung ab, und zwar in der Gegend von Neufreimann im Norden Münchens. Diese Uebung dürfte wohl die größte bisher abgehaltene derartige Ver-

Im 2. Konzert des 9. Bezirks im Gau Berlin und Umgebung des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes sangen gestern in der Philharmonie: Männerchor Friedenau-Steglitz, Volkshor Tempelhof-Mariendorf, Gemischter Chor des 9. Bezirks, Freie Sängler Josten, Schöneberger Männerchor Frunthof. Obwohl das Programm vollständig war, blieben die Leistungen auch billigen Ansprüchen allzuviel schuldig. Die Jostener Sängler (Chormeister Krauer) wogen sich an Bruch etwas schwierigeren Chors „Som Rhein“ heran und bewiesen damit, daß die Grenze ihres Könnens auf tieferer Stufe liegt. Einzig Fr. Stempel scheint für seine Aufgabe als Chormeister auch einen gewissen Fundus an musikalischen Gefühl und Ausdrucksvermögen zu besitzen; der von ihm geleitete Schöneberger Männerchor fiel im Rahmen des Gesamtbildes durch ernsthafte Arbeit angenehm auf. Ganz unreif für den Konzertsaal und ohne jede Feinheit sang der von D. Schumacher geleitete Gemischter Chor. Die übrigen Leistungen übertrafen nicht das Sommergarten-Vereinsfest-Niveau. Das gilt auch für die als Solisten mitwirkenden Dilettanten (Gräfinen Lunge und Herr Krauer). Das Publikum — der große Saal war voll besetzt — zeigte sich beifallsfreudig. Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund sollte wenigstens für den Gau Berlin eine Jury einrichten und zu so empfindungsvollen ausstehenden öffentlichen Konzertunternehmungen, die unter der Flagge des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes“ segeln, nur konzertreife Chöre zulassen. Bei der musterhaften Disziplin unserer Genossen ist zu erwarten, daß sie sich den Urteilen dieser Jury gern fügen.

Befähigung der Einstein-Theorie. Die englische wissenschaftliche Welt sieht auf dem Standpunkte, daß die bei der vorjährigen Sonnenfinsternis vorgenommenen Ueberprüfungen mit der vollständigen Befähigung der Relativitätstheorie Einsteins begründet haben. Das ist das Ergebnis der von den kanadischen Beobachtern in Wallal im nordwestlichen Australien angestellten Beobachtungen. Nunmehr erklärt auch der Direktor des Observatoriums in Sid. Dr. Campbell, der die amerikanische Expedition nach Wallal leitete, daß die aufgenommenen Photographien die Theorien Einsteins bestätigen. Schließlich erklärte der britische Astronom Frank Dyson in einem Gespräch mit Journalisten diese Beobachtungen für die unbedingte Befähigung, auf welche die wissenschaftliche Welt bisher gewartet habe. Es sei festgestellt worden, daß das Licht, das seinen Weg außerhalb der Sonne nimmt, von keiner Bahn abgelenkt wurde, und daß die Sonne die Lichtstrahlen biege, als ob sie Teilchen einer Materie biegen würde. Der Beugungsgrad sei freilich sehr gering und lasse sich nur mit den empfindlichsten Instrumenten messen. Wenn auch die ganze Theorie Einsteins sich durch eine einfache Formel nicht ausdrücken lasse, so werde der allgemeine Befehl als gültig angenommen, daß die Eigenschaften eines Raumes, die bisher als absolut gegolten haben, sich nach besonderen Umständen richten.

Ferngespräche auf weite Entfernungen. In Europa gehen die Verbindungen London—Genf mit 800 Kilometern, Brüssel—Paris mit 900 Kilometern und Paris—Rom mit 1200 Kilometern zu den längsten Strecken, auf denen Ferngespräche durch Kabel vermittelt werden. In Amerika aber kann man, wie Geh. Rat Bernolke in

anstellung der Nationalsozialistischen Partei gewesen sein. Beim Rückmarsch in die Stadt wurden die Abteilungen in Schwabing von vier Russkorps empfangen und durch die Ludwigstraße und Schönfelder Straße zur Prinzregentenstraße geleitet, wo in der Nähe des preussischen Gesandtschaftsgebäudes hinter die Parade abnahm. Die Massen verteilten sich hierauf auf die größten Säle der Stadt.

Der Aufsichtsrat des Ruhrgebiets.

Paris, 16. April. (Havas.) Der belgische Ministerpräsident Theunis äußerte nach Schluß der Beratungen vor Journalisten: „Wir haben eine Sitzung des Aufsichtsrats des Ruhrgebiets abgehalten.“ Nach der gleichen Quelle haben die Ministerpräsidenten der beiden Länder beschloffen, demnächst in Brüssel miteinander zu konferieren.

Paris, 16. April. (U.) Ueber das Ergebnis der französisch-belgischen Konferenz verbreitet Havas eine offenbar amtlich beeinflusste Mitteilung, in der die Agenten feststellen zu können glauben, daß die Verhandlungen in einem ausgesprochen technischen Rahmen geblieben seien. Die belgischen und die französischen Staatsmänner hätten ihren gemeinsamen Willen bekundet, die Ruhraktion immer produktiver zu gestalten, damit sie so lange fortdauern könnten, als es der deutsche Widerstand erforderlich mache. Daraus erklärten sich die Anordnungen zur Beschleunigung der Abförderung der Kohlen, und Kohleslager, indem man das Personal vermehre, sowie die Maßnahmen, die Kohlensteuer für die Kohlen einzuziehen, die für den deutschen Gebrauch bestimmt seien. Außerdem solle die Holzgewinnung in den Staatsforsten vergrößert werden. Schließlich beschloffen sie, die „widerpassigen“ Eisenbahnbeamten auch fernerhin auszuweisen. Andererseits hätten die französischen und die belgischen Minister den Grundgedanken aufgestellt, daß die

Kosten für Beschlagnahme des Ruhrgebiets als Pfandes und dessen Ausbeutung als Priorität

an Frankreich und Belgien, die sie durchführen, zurückzahlen seien, und zwar aus dem Ertrag der Befragung selbst. Erst der Uebereinstimmung solle an alle Militärs zur Verteilung gelangen. Zu diesem Zweck würden die französischen und die belgischen Behörden eine regelmäßige Buchführung einrichten. Der Finanzminister de Lasteyrie begab sich deshalb nach Düsseldorf, um in einer Beratung mit den Technischen diese Organisation durchzuführen. Die belgischen und die französischen Minister hätten schließlich festgestellt, daß der

englische Standpunkt vom französisch-belgischen noch zu weit entfernt

sei, um kurzzeit über die Reparationsfrage neue ausschlägliche Verhandlungen mit England wieder aufzunehmen. Dagegen habe man die Möglichkeit anerkannt, von den französischen und den belgischen Sachverständigen Grundlagen einer finanziellen Regelung der Reparationen aufstellen zu lassen. Zu diesem Zweck werde Louis Barthou unter Weisung von Seydoux mit dem belgischen Vertreter in der Reparationskommission, Delacroix, verhandeln. In diesem Zusammenhang schiene man die Absicht zu haben, sich vom Rahmen des Zahlungsplans vom 5. Mai 1921 nicht zu entfernen, der die Zahlung von Schatzbons A und B im Werte von 50 Milliarden und eine Restzahlung von 82 Milliarden durch Schatzbons C vorsehe. Man wisse, daß Poincaré auf der letzten Londoner Konferenz vorge schlagen habe, die für die Liquidierung erforderlichen Summen aus den Schatzbons C zu entnehmen, wodurch die deutsche Schuld entsprechend herabgesetzt würde. In etwa 14 Tagen werde eine neue Konferenz der französischen und der belgischen Minister in Brüssel abgehalten werden, in deren Verlauf die inzwischen von den Sachverständigen geleisteten Arbeiten geprüft werden würden. Ohne Zweifel werde dann auch die Sicherheitsfrage geprüft werden, die auf der letzten Konferenz nicht berührt worden sei.

Paris, 16. April. (U.) Theunis und Jospin sagten während der Fahrt nach Brüssel zu einem Mitarbeiter des „Etoile Belge“ u. a.: „Wir werden unsere Reparationspolitik treu bleiben. Wir sehen unseren Druck auf das Reich fort. Dieser Druck muß, wie wir immer der Ansicht waren, sehr energisch sein. Wir werden den Abtransport der Kohlen und Kohledepots, die auf den Bergwerkshalden lagern, fortsetzen. Dieses Depot ist so bedeutend, daß wir sieben Monate zu tun haben. Die französischen Hochöfen, die aus Mangel an Kohle ausgehört werden mußten, werden wir von neuem in Tätigkeit setzen.“

Paris, 16. April. (U.) Heute treten auf dem Quai d'Orsay der Präsident der Reparationskommission Barthou, der belgische Hauptdelegierte in dieser Kommission Delacroix und sein Stell-

der „Umkehr“ ausführt, auf sehr viel weitere Entfernungen sprechen. So wurden bei der Eröffnung der Fernsprechverbindung Key West in Florida mit Havana Grube zwischen dem amerikanischen Präsidenten und dem von Kuba auf eine Entfernung von 8900 Kilometern ausgesandt. Eine Rede, die Präsident Harding in Washington hielt, wurde nach New York und von da nach San Francisco auf eine Entfernung von 5200 Kilometern telephonisch weitergegeben. Der zur Uebersmittlung der Rede nötige Strom mußte unterwegs wiederholt verstärkt werden, wobei Zahlen von 27 Rollen, also von mehreren tausend Milliarden, vorliefen. In Washington, wo die Rede 150 000 Personen anhörten, ebenso in New York, wo 20 000 und in San Francisco, wo 20 000 Zuhörer versammelt waren, gaben entsprechende Fernsprecher die Worte so wieder, daß sie auf 150 Meter Entfernung im Freien deutlich zu hören waren. Ferngespräche auf solche Entfernungen sind in Amerika möglich, weil fast das ganze Festland der Vereinigten Staaten und von Kanada von einem einheitlichen Sprechnetz bedeckt ist. Unter den amerikanischen Fernabende ist das 485 Kilometer lange zwischen Philadelphia und Pittsburg das bedeutendste. Es ist ein Teil der Verbindung New York—Chicago, an der gearbeitet wird und die fast 1400 Kilometer lang werden soll.

Eine neue Art von Zellen? Auf eine neue Art von Freizellen oder Phagozyten, die für den erkrankten Körper von größter Bedeutung sind, macht der französische Gelehrte Rocard in der „Revue médicale“ aufmerksam. Er hat in allen möglichen Organen, so z. B. in den Lungenbläschen bei Lungenentzündung, große Zellentente gefunden, die man bisher als veränderte und degenerierte Fremdelemente ansah. In diesen sogenannten „Staubzellen“ erkennt er nun eine neue Art von Zellen, nämlich große Freizellen, die im Organismus sehr wichtige Aufgaben zu erfüllen haben. Sie verteidigen ihn in der Form der Resorption und besitzen die Fähigkeit, die Gewebe zu durchdringen, bekämpfen nicht nur die Bakterien, sondern erweisen sich auch dadurch nützlich, daß sie mit Abfallprodukten aufräumen.

Dr. Dyckeren ist vom Thüringischen Staatsministerium Amneis entsetzt worden. Das Urteil, das ihm ein Jahr Gefängnis eintrug, ist aufgehoben worden.

Die Vernichschule im Urteil der Schüler. Dienstag 7 Uhr: spricht im Warner - Siemens - Realgymnasium, Berlin W., Dobrmitzauerstr. 47/48, eine lange Reihe von jungen Menschen, die in beruflicher Ausbildung stehen, über ihre Eindrücke der Vernichschulbildung.

Georg Oskar, ein in Wien sehr bekannter und beliebter Komiker, der besonders in jählichen Jagdrevollen improvisierter Witz und Eigenart ansetzte, ist dort gestorben.

Eine neue „Fornarina“ Maschke. Ein Schwesterbild der berühmten sogenannten Fornarina von Raffael ist aus den Lagern der Galleria Corsini in Rom ans Tageslicht gezogen worden. Die ganze Frage nach der Persönlichkeit der Dargestellten ist wieder angegriffen worden. Diese beiden Bildnisse sollen überhaupt nicht die von Raffael gezeichnete Fornarina darstellen, sondern Porträts der Beatrice Petrucci sein, einer berühmten Schönheit jener Zeit. Auch soll nicht Raffael, sondern Sebastiano del Piombos der Schöpfer des Bildes sein.

Manuscript hat laut New Yorker Nachrichten am 15. April 1922 in Madrid mit einem Hundebissen verstorben. Er beschäftigt sich im Juni auf dem Postwege nach dem Nordpol vorzubringen.

vertreter Bemeimans, der Direktor für politische Angelegenheiten auf dem Quai d'Orléans Perreiti della Rocca und der Unterstaatssekretär für kommerzielle Angelegenheiten Sengoung zusammen, um die ersten Beratungen des neuen Reparationsplans zu pflegen. Man glaubt, daß dieser in vierzehn Tagen fertiggestellt sein wird, und daß Poincaré sich zu einer neuen Konferenz nach Brüssel begeben könnte. Die „Chicago Tribune“ erfährt an gutunterrichteter Stelle, daß der neue französische Reparationsplan den bereits bekanntgegebenen Forderungen entsprechen werde, d. h. Frankreich werde eine Bezahlung von 40 Milliarden Goldmark innerhalb von zehn Jahren fordern, wobei Frankreich und Belgien die Priorität bei allen Zahlungen genießen solle. Der Zinsfuß sowie die Modalitäten für die allmähliche Räumung des Ruhrgebietes sollen in genauer Form in diesen neuen Plan aufgenommen werden.

Englische Beurteilung der Rede Poincarés.

London, 16. April. (W.T.B.) „Westminster Gazette“ nimmt als einziges Blatt zu der Rede Poincarés in einem Leitartikel Stellung. Das liberale Blatt schreibt, die Rede fördere die Lösung der zwischen Frankreich und Deutschland strittigen Fragen nicht merklich. Poincaré habe die Gelegenheit ergriffen, um eine Anzahl von Dingen zu sagen, die in der augenblicklichen Lage belanglos seien, und habe die einzige Frage unberücksichtigt gelassen, die dringend geklärt werden müsse nämlich den Betrag, den Frankreich fordert. Was die Welt augenblicklich von Frankreich erwarte, sei ein Zeichen, daß es die Forderung aufgegeben hat, die Deutschland für immer in Bezug erklären würde. Vielleicht sei es zuviel gewesen, zu erwarten, daß Poincaré so vollständig herabklimme. Es sei jedoch an der Zeit, zu erkennen, daß

die Welt dieser dauernd wiederholten Erklärung französischer Entschlossenheit, das Ruhrgebiet besetzt zu halten, ohne den Grund dafür anzugeben, überdrüssig

sei; wenn der britische Plan angenommen werden würde, so würde vollständige Solidarität unter den Alliierten gegenüber einem widerpenstigen Deutschland vorhanden gewesen sein. Wenn auch Poincarés Rede als eine verjüngte Gelegenheit angesehen werden müsse, so dürfe Deutschland nicht unbeschränkt dieselbe Taktik „purer Halsstarrigkeit“ fortsetzen. Deutschland könne nicht seiner Verantwortlichkeit zu entgehen suchen, weil Frankreich eine von den meisten Deuten beurteilte Aktion unternommen habe. Ein

aufschüssiges und vernünftiges deutsches Angebot

würde eine wesentliche Veränderung der Lage herbeiführen. Poincaré habe gestern die Lüre nicht geöffnet, aber auch nicht geschlossen, und es sei Zeit, daß Deutschland erkenne, was von ihm erwartet werde. England stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß Deutschland Reparationen leisten müsse. — Der diplomatische Berichterstatter der „Westminster Gazette“ schreibt, man könne sich kaum etwas vorstellen, was weniger der Stimme eines Mannes gleiche, der bestrebt sei, in der augenblicklichen Krisis zu verhandeln, als die geistige Rede Poincarés in Dinklage. — „Daily Herald“ (Soz.) überträgt seinen Bericht: „Poincaré schlägt die Hoffnung auf eine Auhrrregelung.“ Der Pariser Berichterstatter des „Times“ sagt, Poincarés Rede mache es klar, daß die durch die Erörterungen im Anschluß an die Reise Boucheurs erwachte

Hoffnung auf eine baldige Regelung der Ruhrfrage unerschützt

mar. — Der Pariser Berichterstatter der „Times“ bezeichnet die Rede Poincarés als eine äußerst wichtige Erklärung, die sicher politisch eine ungeheure Wirkung haben werde. Sie werde die Stellung Poincarés, der das Ziel zahlreicher Angriffe zu werden bezogen habe, stärken. Die Tatsache, daß Poincaré Boucheur, der an seiner Seite sah, ein öffentliches Kompliment gab, habe beirächtigliche Bedeutung, insbesondere im Hinblick auf das gestern veröffentlichte Schreiben Boucheurs, worin er die Leute zur Rückkehr, die die letzten Ereignisse als ein Anzeichen einer zwischen ihm und Poincaré bestehenden Meinungsverschiedenheit darzustellen suchten.

Kampfsentschlössen und verhandlungsbereit.

Bielefeld, 16. April. (W.T.B.) Am 13. und 14. April tagte in Bielefeld die Reichskonferenz des Gesamtverbandes und der Bezirksleiter des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, um zu den aus der wirtschaftlichen Entwicklung und der Besetzung des Ruhrgebietes sich ergebenden Fragen neben solchen organisatorischer Art Stellung zu nehmen.

Nach den Referaten und gründlicher Aussprache wurde einstimmig eine

Entschloßung

angenommen, in der der ungebrochene Wille, fremder Willkür und brutaler Gewaltanwendung sich nicht zu beugen, bekundet wird. Da die heute zwischen den Vätern stehenden Fragen nur nach sachlichen, wirtschaftlichen Grundfragen und nicht politisch-militärisch gestellt werden können, wurde die Konferenz mit dem Gefühl tiefster Abscheus den Ueberfall französischer und belgischer Truppen auf eine friedlich arbeitende Bevölkerung. Sie weise aber auch den Gedanken weit von sich, durch Abkehr von den bisherigen erfolgreich angewandten Abwehrmitteln die grausame Gefahr einer blutigen Auseinandersetzung heraufzubeschwören. Es sei heilige Pflicht der Regierung, keine Gelegenheit zur Ausbannung einer friedlichen Bevölkerung ungenutzt vorübergehen zu lassen. Die Geschichte werde der Regierung, die als erste diesen Weg beschreite, diese Tat als Zeugnis innerer Stärke und tiefer Einsicht deuten. Der Weg zum Frieden führe über schwerste Opfer aller Teile unseres vereinten Volkes. In der Erkenntnis, daß es nach Jahren harter, aber freier Arbeit aller Volksgenossen möglich sein werde, die Kosten aus dem verlorenen Kriege abzurufen, deren Schwere nicht durch einseitiges Diktat, sondern durch gleichberechtigte Verhandlungen bestimmt sei, ersuche die Konferenz die deutsche Regierung, ihren Plan zur Lösung der Reparationsfrage zur internationalen Erörterung zu stellen.

Devisenkurse.

	16. April		14. April	
	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
1 holländischer Gulden	8249.92	8290.60	8219.92	8290.68
1 argentinisches Papier-Peso	7695.71	7784.26	7713.16	7761.64
1 belgischer Franc	1916.06	1923.08	1901.06	1918.04
1 norwegische Krone	8775.33	8794.47	8775.53	8794.47
1 dänische Krone	8072.14	8072.40	8075.08	8094.97
1 schwedische Krone	8905.45	8981.55	8803.45	8931.05
1 finnische Mark	594.28	597.22	578.03	580.95
1 japanischer Yen	998	1025	997.5	1025
1 italienische Lire	1049.87	1054.69	1048.87	1054.18
1 Pfund Sterling	97879.68	98870.89	97879.68	99370.82
1 Dollar	21097.12	21202.82	21057.22	21162.78
1 französischer Franc	1496.47	1418.58	1496.47	1418.58
1 brasilianischer Milreis	2264.80	2275.68	2264.82	2275.68
1 Schweizer Franc	3838.38	3854.62	3837.18	3857.12
1 spanische Peseta	8220.40	8245.60	8220.40	8245.60
100 österr. Kronen (abgezt.)	—	—	20.60	20.70
1 tschechische Krone	—	—	629.17	632.83
1 ungarische Krone	—	—	4.58	4.70
1 bulgarische Lewa	—	—	162.09	162.91
1 jugoslawischer Dinar	—	—	214.71	215.79

Der Mord in der Moxstraße aufgeklärt.

Wie der Täter verhaftet wurde.

Die zahlreichen Morde der letzten Zeit, die oft unter den geheimnisvollsten Umständen erfolgten, stellten die Kriminalpolizei vor schwere Aufgaben. Um so überraschender war die schnelle Aufklärung dieser Kapitalverbrechen, die die Tüchtigkeit der betreffenden Beamten in das hellste Licht rückt. Auch die letzte Mordtat, der die Verkäuferin Anni Dittmer in der Moxstraße zum Opfer fiel, ist nunmehr restlos geklärt, so daß es gelungen ist, den Verbrecher zu ermitteln und festzunehmen.

Der Mantel der Ermordeten.

Er ist ein 40 Jahre alter, aus Jella in Thüringen gebürtiger Kaufmann Karl Häusler, der sich seit Jahr und Tag arbeitslos in Berlin aufhielt, ein wegen Betruges usw. mehrfach bestraffter Mann. Gestern nachmittag bot Häusler, der zuletzt vorübergehend in dem Hause Wiesenauer 36 gemeldet war, sich aber an verschiedenen Stellen, bald bei diesem, bald bei jenem Freunde aufhielt, in einer Wirtshaus am Jonskirchplatz, wo er öfter verkehrte, einen Mantel und einen Jumper zum Kauf an. Den Mantel verkaufte er auch an ein junges Mädchen. Dieser Mantel erregte Verdacht, weil eben gestern morgen die Fingerringe von neuem über geraubte Sachen aus dem Fährerbüro in der Moxstraße berichtet hatten. Die Kriminalpolizei wurde benachrichtigt und die Beamten der betreffenden Dienststelle nahmen alsbald die Ermittlungen auf. Sie machten abends in einem Lokal im Norden Berlins die Käuferin des Mantels ausfindig und begaben sich sofort mit ihr und dem Mantel zu den Eltern der ermordeten Verkäuferin Anni Dittmer. Diese erkannten den Mantel gleich als den ihrer ermordeten Tochter wieder. Die Beamten verfolgten die Spuren weiter und stellten fest, daß der Verkäufer, Häusler, vom Jonskirchplatz nach der Wolliner Straße gegangen war. Sie ermittelten dort auch bald einen Freund von ihm in dem Hause Nummer 67 und trafen den Gesuchten hier an. Häusler hatte, nachdem er für den Mantel wieder Geld bekommen hatte, seinem Freunde einen Besuch gemacht. Die Käuferin des Mantels stellte ihn als den Verkäufer bestimmt fest.

Das Geständnis.

Zur Rede gestellt, woher er den Mantel habe, gab er auch bald zu, daß er Anni Dittmer ermordet und den Laden ausgeraubt hatte. Im Verhör durch die Kriminalkommissare Bernburg und Albrecht erklärte der Verhaftete, er habe Anni Dittmer im Februar d. J., als sie vor einem Schaufenster stand und sich die

Auslagen angesehen habe, angesprochen und sei so mit ihr befreundet worden. Er habe sie seitdem öfter getroffen, sei auch zu ihr wiederholt in den Laden in der Moxstr. 57 gekommen und habe erfahren, daß sich dort öfter ein erheblicher Betrag an Geld und große Werte in den Sachen der Kundin befanden. Die Frau habe ihn nun auf den Gedanken gebracht, das Mädchen zu ermorden und zu berauben. Er habe auch genau überlegt, wie der Plan auszuführen sei und sich dazu einen Hammer und ein Schustermesser besorgt. Mit beiden ausgerüstet, sei er am 7. d. Mts. morgens, bald nachdem sie das Geschäft geöffnet habe, zu ihr in den Laden hineingegangen und habe wie früher sich mit ihr unterhalten. Als sie hinter dem Ladentisch hervorgekommen, um in dem Hinterraum etwas zu ordnen, habe er sie niedergeschlagen. Da sie aber noch nicht tot gewesen sei, habe er ihr mit dem Schustermesser die Kehle durchgeschnitten, damit er von ihr, die ihn ja kannte, nicht verraten werden könne. Weil er kein Geld gefunden habe, so habe er die beiden Kartons mit Ware vollgepackt und sei mit der Straßenbahn in der Richtung, die die Kriminalpolizei bereits ermittelt hatte, nach der Ecke der Dresdener und Butower Straße davon gefahren. Hier habe er die Kartons einer ihm bekannten Bekäuferin, einer Hutumpresserin, in Verwahrung gegeben. Kriminalbeamte haben sich sodann dorthin begeben, um die Sachen zu beschlagnahmen.

Ein vermeintlicher Mord beschäftigte in der vergangenen Nacht den Bereitschaftsdienst der Kriminalpolizei. An der Ecke der Neuen Winterfeldt- und Martin-Luther-Str. wurde ein junger Mann, der aus einer Kopf- und blutete, bestimmungslos auf dem Bürgersteige liegend aufgefunden. Ein Arzt, der zufällig des Weges kam, glaubte in der Verletzung eine Schußwunde zu erkennen. Deshalb rechnete man mit einem Verbrechen, um so mehr, als keine Waffe gefunden wurde. Die Mordkommission, unter den Kriminalkommissaren Legmeyer und Koch, stellten aber noch im Laufe der Nacht fest, daß ein Selbstmord vorliegt. Der junge Mann, der bald seiner Verletzung erlegen war, wurde erkannt als ein 14 Jahre alter Schüler Samuel Lewin, der mit seiner Mutter in dem Hause Neue Winterfeldtstraße 9, Ecke Martin-Luther-Str. 5, in einem Pensionat wohnte. Er ist aus Rußland gebürtig. Lewin war aus dem vierten Stock auf die Straße hinabgesprungen und hatte sich dabei die tödliche Kopfverletzung zugezogen. Was ihn zu dem Selbstmord veranlaßt, ist noch nicht bekannt.

Die Ursachen des Flugzeugunglücks.

Vernehmung des Piloten Rood.

Von den zuständigen Behörden wie auch der Direktion des Aero-Klubs ist eine genaue Untersuchung über die Ursachen des Flugzeugunglücks auf dem Tempelhofer Feld eingeleitet worden. Am gestrigen Sonntag haben Oberbürgermeister Bock, Bürgermeister Ritter, Stadtbaurat Dr. Adler dem im Urban-Krankenhaus liegenden Piloten des verunglückten Flugzeuges, Rood, einen Besuch abgestattet, um von ihm selbst den Hergang des Unglücks zu erfahren. Das Befinden des Flugzeugführers, der neben Rippenbrüchen auch eine Rückenverletzung davongetragen hat, hatte sich soweit gebessert, daß es ihm, wenn auch mit großer Mühe, möglich war, die notwendigen Einzelheiten über den Unglücksflug anzugeben.

Nach seiner Darstellung beabsichtigte er, seinen Rundflug zu beenden und auf dem vereinbarten Platz am Rande der Hakenheide zur Landung zu schreiben. Als das Flugzeug nur noch eine geringe Höhe hatte, sah er plötzlich, daß auf dem Landungsplatz eine andere Maschine gerade zu seinem Rundflug starten wollte. Dagegen Rood trotzdem etwas schwärter davon hätte landen können, wenn auch vielleicht auf nicht so günstigem Gelände, so entschloß er sich doch, vorsichtshalber noch einmal eine Runde zu fliegen und den Start des anderen Flugzeuges abzuwarten, um so mehr, als die Maschine in bester Ordnung war und der Rotor bis dahin tadellos funktioniert hatte. Als der Doppeldecker dann in einer Höhe von 75 bis 100 Metern über der Hakenheide kreuzte, setzte plötzlich der Rotor aus, die Tourenzahl verringerte sich so stark, daß der Flugzeugführer befürchtete, er könnte im Gleitflug nicht mehr über die hohen Bäume hinwegkommen. Um nicht mit den Baumkronen in Berührung zu kommen, was erfahrungsgemäß zu einem Ueberstolzen der Maschine geführt haben würde, ließ er sein Flugzeug aus einer Höhe von etwa 20 Metern senkrecht durchfallen, in der Ueberzeugung, daß er sich mit der Maschine regelrecht auf die Baumkronen setzen würde, ein Verfahren, das in solchen Fällen durchaus üblich ist und in zahlreichen Fällen für die Insassen ohne jeden Schaden abgelaufen ist. Unglückseligerweise war der Doppeldecker im Augenblick des Weglassens aber gerade über eine lichte Stelle des Waldchens geraten, so daß er nicht in die Bäume stürzte, sondern auf den Erdboden aufschlug und völlig in Trümmer ging. — Nach dieser Darstellung scheint eine Reihe von unglücklichen Zufällen zusammengewirkt zu haben.

Genosse Karl Böher, der bei dem Flugzeugabsturz ums Leben gekommen ist, hatte ein Alter von erst 36 Jahren erreicht. Er hinterläßt eine Gattin und zwei Kinder im Alter von 9 und 5 Jahren. Böher war in Berlin geboren. Zur Sozialdemokratischen Partei gehört er seit 1905. Seit 1919 war er Vorsitzender der Berliner Ortsgruppe des Arbeiterverbandes. Zum Stadtverordneten wurde er zuerst 1920 und dann wieder 1921 gewählt, wo er im Kreis Prenzlauer Berg auf der Liste der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei als Spitzenkandidat stand. Dem Bezirksamt des Verwaltungsbezirks Prenzlauer Berg gehörte er als unbesetzter Stadtrat an. Seine Tätigkeit als Stadtrat ordneter und Stadtrat haben wir bereits in unserer Sonntagsausgabe gemeldet.

Baumbüste in Werder.

Der kräftige Regen der letzten Tage hat die Baumbüste in Werder zur vollen Entfaltung gebracht. Wie alljährlich ist Werder zur Zeit der Baumbüste wieder das Ziel vieler Tausende von Berliner Ausflüglern; der gestrige Sonntag brachte bereits den Ansturm zu dem starken Ausflugsverfehr nach der märklichen Obstkammer. Neben der Eisenbahn stellen sich auch die Groß-Berliner Dampfgesellschaften auf den zu erwartenden Wollenandrang ein. Die Reederer Nobbling wird bereits vom morgigen Dienstag ab regelmäßige Fahrten mit den beiden gedeckten Dampfern „Winternächten“ I und II nach Werder zu ermäßigten Preisen einrichten. Abfahrt der Dampfer täglich 9 Uhr mittags vom Schützenhof am Bahnhof Friedrichstraße.

Die Stadtverordnetenversammlung hat für ihre nächste Sitzung (Donnerstag 4 1/2 Uhr) wieder eine reichhaltige Tagesordnung. Bei den Besess am früheren Sitzungen reichlich u. a. immer noch der von der Wirtshauspartei eingebrachte Antrag über die Mischwirtschaft. Aus den neu auf die Tagesordnung gesetzten Vorlagen des Magistrats sei genannt die Vorlage betreffend Aufnahme einer Anleihe bis 10 Milliarden Mark. Ein Antrag der Kommunisten verlangt, daß die Ueberall in Preußen bis 30. November vorzunehmenden Gemeindevorwahlen auch in Berlin stattfinden (das Gesetz nimmt Berlin aus). Ein anderer Antrag der Kommunisten fordert Stadtratsabwahl und Magistrat zum Protest gegen das Verbot der „Roten Jagd“ auf.

Zur Wohnungsaffäre Wolpe.

Gegen das Wohnungsamt Wilmersdorf, das von dem mehrfach erörterten Wohnungskauf des Bankdirektors Wolpe der Presse eine Darstellung gegeben hatte, wonach die als Tauschobjekt benutzte Wohnung in Falkenberg bei Grünau zu jener Zeit noch gar nicht existiert habe, wendet sich jetzt des für Falkenberg zuständige Bezirksamt Treptow. Es schreibt:

In Zeitungsberichten über eine Pressekonferenz, in der Stadtrat Dr. Simm, Dezernent des Wohnungsamtes in Wilmersdorf, über die Wohnungsangelegenheit des Bankdirektors W. referierte, wird behauptet, der frühere Gemeindevorsteher von Falkenberg habe eine falsche amtliche Bescheinigung ausgestellt. Er habe den Tausch einer Wohnung in Falkenberg genehmigt, die nicht vorhanden gewesen sein soll, so, das Haus soll noch gar nicht in seinen Grundrissen bestanden haben. Diese Behauptung ist vollkommen unzutreffend. Der Ort Falkenberg war zu jener Zeit schon keine selbständige Gemeinde mehr; er war Groß-Berlin einverleibt. Der Beamte der Treptowstelle, der die Tauschgenehmigung erteilte, hat durchaus korrekt gehandelt. Das Haus, in dem sich die Wohnung befand, war im Sommer 1920 im Rohbau fertig. Am 22. November 1920 ist der Rohbauabnahme ausgestellt worden. Der Antrag auf Rohbauabnahme ist aber erst nach einer Aufforderung des Amtsvorstehers vom 10. Dezember 1920 erfolgt, nachdem amtlich festgestellt worden war, daß mit den Ausbauarbeiten in dem Wohnhause bereits begonnen war. Die Anlage von Wasserleitung, elektrischem Licht und Gas erfolgte in den Monaten September bis November 1920. Die Rechnungen der in Frage kommenden städtischen Betriebe über die erfolgte Anlage lauten auf den 2. September 1920 (Wasser), 16. November 1920 (Elektrizität), 27. November 1920 (Gas). Die Wohnung im Parterregehoß wurde um diese Zeit auch schon von dem Erbauer bewohnt, also bevor die amtliche Gebrauchsabnahme erfolgt war, wie es in unserer Zeit der Wohnungsnot des öfteren geschieht. Die Tauschgenehmigung erfolgte erst am 7. Mai 1921. Eine Tauschwohnung war also vorhanden. Die Tauschgenehmigung durfte sowohl aus gesetzlichen als auch aus wirtschaftlichen Gründen nicht verweigert werden. Der Beamte, der die Angelegenheit bearbeitet hat, wohnt in unmittelbarer Nähe des in Frage kommenden Hauses; ihm waren die geschäftlichen Verhältnisse aus eigener Anschauung bekannt. Der Vorwurf der Ausstellung einer falschen amtlichen Bescheinigung ist also völlig unbegründet.

Diese Erklärung des Bezirksamtes Treptow steht allerdings in scharfem Widerspruch zu dem vom Wohnungsamt Wilmersdorf gegebenen Darstellung. Sie widerlegt die vom Wohnungsamt Wilmersdorf verbreitete Behauptung, daß zur Zeit des Tauschgebots das Haus in Falkenberg mit den Mauern kaum aus der Erde heraus gewesen sei.

Die Ueberflutungen durch das letzte Gewitter.

Am Sonnabendabend herrschte bei der Berliner Feuerwehr, genau wie vor 20 Jahren, am 14. April 1903, ein Ausnahmestand. Von 6 bis 8 Uhr ließen über 100 verschiedene Meldungen und Hilferufe durch Feuermelder, Fernsprecher usw. ein. In 56 Fällen griff die Feuerwehr ein. Am 7 Uhr traf ein Blitzschlag einen Straßenbahnstopp an der Danziger Str. 1 und setzte die Isolierung in Brand. Auch Prenzlauer Str. 32a wurde ein Straßenbahnstopp von einem Blitzschlag getroffen. Brandenburgstr. 20 war eine Kellerwohnung überflutet. Die Möbel schwammen im Wasser. In den meisten Fällen handelte es sich um Kellerüberflutungen. Teils war das Wasser von außen eingedrungen, teils durch die Gullies von innen. Die gesamte Feuerwehr war volle zwei Stunden ununterbrochen unterwegs und in Tätigkeit. Vollständig bis auf die Haut durchnäßt kamen die letzten Löschjäger in der zehnten Abendstunde zurück. Zum Glück wurde kein größeres Feuer und kein größeres Unglück gemeldet. Es darf daran erinnert werden, daß am 14. April 1903 ein Haus in der Gartenstraße einzustürzen drohte das völlig vom Wasser unterpült war.

Ein schwerer Bootsunfall ereignete sich am Sonnabend nachmittag auf dem Tegeler See. Der 28 Jahre alte Schlosser Otto Leiwinski aus der Hauptstraße 18 zu Tegel hatte mit zwei gleichaltrigen Freunden, dem Schlosser Martin Jilersta aus der Reichstraße 2 zu Tegel und dem Schmied Bruno Lange aus der Putzener Straße 21 zu Berlin, mehrere Pakete aufgesucht, wo sie über den Durs tranken. In animierter Stimmung nahmen sie dann ein Boot, um auf dem Tegeler See zu fahren. Schon beim Einsteigen kenterte das Boot und alle drei fielen ins Wasser. Obgleich Hilfe zur Stelle war, konnte Leiwinski nur noch als Leiche geborgen werden. Die beiden anderen kamen mit dem Leben davon.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Stimmlich, fast überwiegend trübe und etwas neblig bei mäßigen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

